

## Europa Aktuell 3/2010

### **Kommission schlägt Budgetanpassung vor**

Am 19. März stimmte die EU-Kommission für die Anpassung der Budgets des Europäischen Parlaments, des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts- und Sozialausschusses. Dem EU-Parlament sollen 2010 zusätzliche 9,4 Mio. Euro, dem AdR 6,4 Mio. Euro und dem WSA 4,14 Mio. Euro zugewiesen werden. Damit soll die Bewältigung der sich durch den Vertrag von Lissabon ergebenden zusätzlichen Aufgaben sichergestellt werden.

Diese Budgetmittel werden in allen Organen für die Einstellung neuen Personals genutzt, wobei der Bedarf im EU-Parlament, das ja gleichberechtigter Gesetzgeber ist, mit 150 neuen Stellen am höchsten ist. 75 Stellen sind für die Ausschussesekretariate sowie die Beziehungen zwischen EU-Parlament und nationalen Parlamenten vorgesehen, 75 zeitlich befristete Posten für die politischen Fraktionen.

Der AdR beantragt die Schaffung von 37 neuen Stellen, davon sechs befristeten in den Fraktionen, der WSA von 22 zusätzlichen Stellen.

Anzumerken ist, dass diese Mittel nicht frisch von den Mitgliedstaaten überwiesen werden müssen, sondern sich bereits in der sog. „Reserve“ des EU-Haushalts befinden. Der Kommissionsvorschlag muss noch von Rat und EU-Parlament genehmigt werden.

### **Arbeitsprogramm 2010**

Kurz vor den Osterferien verabschiedete die EU-Kommission am 31. März ihr Arbeitsprogramm für 2010. Darin werden 34 strategische Initiativen für 2010, aber auch eine lange Reihe von Vorschlägen, die bis zum Ende der Amtszeit umgesetzt werden könnten, präsentiert. Im Mittelpunkt stehen neben der Bewältigung der Wirtschaftskrise und der Bewahrung der sozialen Marktwirtschaft in Europa auch mehr Bürgernähe, die Stärkung der Europäischen Außenpolitik sowie die Modernisierung der Arbeitsweise der EU.

Für 2010 plant die EU-Kommission gesetzgeberische Initiativen v.a. im Bereich der Bankenaufsicht/des Finanzwesens, in Annex II des Arbeitsprogramms gibt sie jedoch Hinweise auf mögliche Gesetzesvorhaben in Zukunft. Hier lohnt sich jedenfalls ein zweiter Blick, denn gerade in den Bereichen Binnenmarkt und Daseinsvorsorge wird die Kommission in den nächsten Jahren nicht untätig bleiben.

Aus kommunaler Sicht ist auf folgende Initiativen und Vorhaben aufmerksam zu machen:

- Mitteilung über die Neuordnung des Binnenmarkts (strategische Initiative Nr. 16), die auf dem Bericht des ehemaligen Binnenmarktkommissars Mario Monti aufbauen und 2012 die Basis für ein großes Maßnahmenpaket bilden soll;
  - Weißbuch Verkehr (strategische Initiative Nr. 18);
  - Maßnahmenpaket zur Energieinfrastruktur (Initiative Nr. 19);
  - Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie (Initiative Nr. 22);
- 
- Weißbuch über die Neuordnung des Binnenmarkts;
  - Mitteilung zum öffentlichen Auftragswesen als Mittel zur Umsetzung der Ziele von Europe2020;
  - Initiative zur rechtlichen Klärung von Konzessionen;
  - EU-Donauraumstrategie;
  - Mitteilung über einen Rahmen für Dienste von allgemeinem Interesse;
  - Überarbeitung des Monti-Kroes-Pakets aus 2005;
  - Evaluierungsbericht zum Monti-Kroespaket, Basis dafür sollen die Ergebnisse einer in Bälde einzuleitenden öffentlichen Konsultation sein;

Das gesamte Arbeitsprogramm ist unter folgendem Link abrufbar:

[http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/cwp2010\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/cwp2010_de.pdf)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/402&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **Direkte Demokratie in Europa – Europäische Bürgerinitiative**

Am 31. März präsentierte die EU-Kommission ihren Verordnungsvorschlag für eine europäische Bürgerinitiative. Dieses durch den Vertrag von Lissabon ins EU-Recht eingeführte Mittel der direkten Demokratie sieht ein Vorschlagsrecht der europäischen Bürger gegenüber der EU-Kommission vor. Wenn eine Million Wahlberechtigte aus mindestens einem Drittel der EU-Mitgliedstaaten eine europäische Bürgerinitiative unterstützen, so ist die Kommission verpflichtet, dieses Anliegen zu prüfen und allenfalls von ihrem Gesetzesinitiativrecht Gebrauch zu machen.

Der Kommissionsvorschlag sieht vor, dass Bürgerinitiativen in einem Onlineregister zu registrieren sind und die Kommission über die grundsätzliche und inhaltliche Zulässigkeit der Initiative entscheidet.

Da der Ball nun beim Europäischen Gesetzgeber liegt, können sich wesentliche Inhalte des Vorschlags noch ändern. Die Kommission geht aber davon aus, dass das Gesetzgebungsverfahren bis Ende des Jahres abgeschlossen und der Weg für erste Initiativen 2011 frei ist.

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/sefcovic/documents/10\\_03\\_31\\_1\\_de\\_act\\_part1.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/sefcovic/documents/10_03_31_1_de_act_part1.pdf)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/397&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>